[illegible] Verwendung der Vorräte an [illegible] Stickwaren mit aller Schärfe [illegible] jährlich an Rohmaterial und Rohstoffen Baumwolle und Wolle zuführen, nach Bezug der [illegible] Rohmaterialien und fertigen Waren vom Auslande zogen und sonach in Deutschland verbraucht haben, und daß dieser Bezug nunmehr seit 2 Jahren nahezu gänzlich aufgehört hat, auch die einige Monate nach dem Friedensschluß keine Aussicht besteht, wieder fertige Webwaren aus neu eingeführten Rohstoffen auf den Markt zu bringen, der wird ohne weiteres zugeben, daß bei längerer Dauer des Krieges eine Einschränkung unseres Verbrauchs an Web-, Wirk- und Strickwaren unbedingt notwendig ist, zumal der Verschleiß in der Armee naturgemäß erheblicher ist, als wenn jene Millionen von Menschen friedlicher Arbeit nachgehen können, und zumal ferner noch für die Bekleidung von weit über 1 Million Gefangener gesorgt werden muß.

Wenn gewisse Dinge, nämlich alle diejenigen Waren, die in der sogenannten Freiliste aufgeführt sind, einer Kontrolle durch den Bezugsschein nicht unterworfen werden, so waren dabei verschiedene Erwägungen maßgebend.

An erster Stelle stand das dringende Bedürfnis, die Arbeitsgelegenheit im Textilgewerbe und insbesondere auch in der Konfektion möglichst zu erhalten, worauf insbesondere auch die hierüber gehörten Vertreter der Arbeiterschaft Wert legten. Es galt also den Verbrauch von Webwaren nicht unnötig einzuschränken, und es lag deshalb auch keine Veranlassung vor, den Verbrauch von Luxuswaren, deren Mangel zwar von vielen Leuten künftig schmerzlich empfunden werden könnte, aber gewiß nicht als nationaler Notstand zu betrachten wäre, künstlich zu vermindern, sobald nur die Sicherheit dafür bestand, daß zu ihrer Herstellung nicht Rohstoffe verwendet würden (Garne und dergleichen), die auch zur Herstellung von anderen Webstoffen Verwendung finden konnten, als zur Herstellung solcher Luxuswaren. Dies gilt ohne weiteres von Seidenwaren, Spitzen, Stickereien, Posamenten, Teppichen, Läuferstoffen usw.

Schwieriger erheblich sich die Frage, als von den beteiligten Gewerbetreibenden die Forderung erhoben wurde, jene Waren derselben frei, die im übrigen unter Kontrolle zu stellen waren, von dieser Kontrolle frei machen sollten, wenn ihr Kleinhandelspreis eine gewisse Grenze überschreite. Für diese Forderung wurde geltend gemacht, daß die [illegible] von einer Einführung von Bezugsscheinen [illegible] Wirkung durch die weiten Kreise der Bevölkerung schon infolge ihres hohen Preises ausgeschlossen sei, hierzu wurde ausführt, daß es Artikel, die jetzt [illegible] Mode [illegible] in der Lage seien, die [illegible] Verhältnisse [illegible] Bezugsscheinen [illegible], weil sie [illegible] in [illegible] Weise aber [illegible] führten, der [illegible] an [illegible] zu [illegible] Kleinpreis [illegible] zu [illegible] Handel [illegible] ohne irgend Nutzen für das wirtschaftliche Durchhalten während des Krieges, ein sehr bedeutender Schaden entstehen, die Konfektionsarbeiter aber würden durch eine [illegible] verursachte Arbeitslosigkeit [illegible] gefährdet werden. Diese Erwägungen [illegible] sich die maßgebenden Stellen um so weniger entziehen, als ein anderer zur Erreichung gleichen Zweckes, der nämlich, daß die teueren Stoffe erhöhten unter ihrem Werte und unter Übernahme der Differenz auf die Reichskasse an die ärmere Bevölkerung abgegeben seien, keinesfalls beschritten werden konnte. Es mußte daher der Versuch gemacht werden, in die Freiliste auch Warengattungen aufzunehmen, bei denen nur der teuere Preis dafür maßgebend war, selbst auf die Gefahr hin, daß eine solche Maßnahme vielen als unsozial erscheinen würde. Man hoffte aber, und mußte nicht mit Unrecht, daß mit der Zeit alle beteiligten Kreise sich davon überzeugen würden, daß im Gegenteil ausschließlich soziale Erwägungen hierzu geführt haben, und daß nichts weniger als eine Bevorzugung der wohlhabenderen Klassen darin liegt, wenn man sie, zunächst wenigstens, der Gefahr aussetzt, daß die Bekleidungsstoffe, die sie zu tragen gewohnt sind, künftig [illegible] und eine Abschätzung der Preise angelegt werden wird, nach im Inlande und dem Umfang der Kundenaufnahme und dem Umfang der zur Verfügung der Wirkstoffe [illegible] Inlande vorhanden blieben.

Die Trennung von Waren, die dem Bezugsschein unterliegen, und den sogenannten freien Waren hat aber eine weitere außerordentlich soziale Folge: Die Reichsbekleidungsstelle wird die in ihren Händen befindlichen eingeführten Waren, soweit sie der Bezugsscheinregelung unterfallen, zu möglichst billigen Kleinverkaufspreise den Verbrauchern zuführen und damit besonders für die minderbemittelten Kreise sorgen. Diese möglichst billige Preisstellung für alle Waren ohne Trennung zu erreichen, wäre undurchführbar gewesen.

Der Einführung des Bezugsscheines waren naturgemäß die eingehendsten und sorgfältigsten Erwägungen vorausgegangen. Es wäre ja für die Reichsbekleidungsstelle und vor allem für die mit der Durchführung der ganzen Maßregeln betrauten Verwaltungsbehörden wesentlich einfacher gewesen, wenn, wie von verschiedenen Seiten angeregt worden war, ein Mindestmaß der verschiedenen Kleidungsstücke für Männer, Frauen und Kinder festgestellt worden wäre, auf das jedermann Anspruch hätte und über welches hinaus nur erst gegen Bescheinigung des besonderen Bedarfs die Lieferung Kleidungs- und Wäschestücken gestattet worden wäre. Dabei wären aber zwei wichtige Umstände nicht oder doch nicht genügend berücksichtigt worden. Einmal nämlich pflegen bekanntlich sehr zahlreiche Personen und Familien in allen Kreisen der Bevölkerung einen größeren oder geringeren Vorrat an Wäsche und Kleidern zu besitzen, die doch gerade veranlaßt werden sollten, zunächst einmal ohne Inanspruchnahme der allgemeinen Bestände ihren eigenen Vorrat aufzubrauchen. Bei diesen würde also die Aushändigung der auf den Normalbedarf lautenden Ausweise und Bezugsscheine zu einer Verschwendung geführt haben, zumal nach den sonst gemachten Erfahrungen mit Sicherheit angenommen werden mußte, daß die meisten derartiger Personen von denen ihnen einmal ausgehändigten Bezugsscheinen auch Gebrauch gemacht haben würden, ohne daß sie ein wirkliches Bedürfnis dazu gehabt hätten. Und sodann war die ungemeine Verschiedenheit, die durch die Gewohnheiten und durch die Beschäftigung der Bevölkerung in bezug auf ihre Kleidungen bedingt ist, zu berücksichtigen. Was für den Büro-Arbeiter auf ein Jahr völlig ausreichend erscheint, braucht der Arbeiter im Freien und in der Schwer-Industrie vielleicht alle drei Monate Kleidung und Wäschestücke, die die Fabrikarbeiterin vielleicht nach 6 bis 8 Wochen ersetzen muß, braucht die Frau in den [illegible] Stellung, die sich [illegible] mit der [illegible] Führung ihres Haushaltes beschäftigt, nötigenfalls während der Dauer des Krieges überhaupt nicht. Der Beamtete hat einen viel größeren Verschleiß in seiner Kleidung als der [illegible] im Kontor arbeitende Kaufmann; der Gastwirtsgehilfe wird einen wesentlich größeren Aufwand für Kleidung zu machen haben, als der im Kaufmannsgewerbe tätige Handlungsgehilfe; in Berlin oder Hamburg sind ferner die Anforderungen über die notwendigen Kleidungsstücke gewissermaßen andere, als in einem abgelegenen Schwarzwaldtal usw. Deshalb konnte man eben nicht auf einen gleichmäßigen normalen Satz für die verschiedenen Bevölkerungsklassen und in den verschiedenen Teilen des Reiches kommen, sondern mußte das grundsätzliche Erfordernis aufstellen, daß in jedem Falle das Bedürfnis zur Beschaffung von Kleidung und Wäschestücken dargetan werden mußte. Dabei soll jedoch nach der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 8. Juli 1916 (Reichsanzeiger Nr. 157 vom 8. Juli 1916) nicht etwa ein formeller Beweis für das Bedürfnis verlangt werden, sondern nur eine Glaubhaftmachung des behaupteten Bedarfs erfolgen. Überdies aber sind in dieser Bekanntmachung noch eine ganze Anzahl besonderer Umstände hervorgehoben worden, die die Annahme eines gewissen Bedarfs ohne weiteres als begründet erscheinen lassen, und ferner ist für die Kleidung und Wäsche von Kindern, bei denen naturgemäß die Abnutzung verhältnismäßig groß ist, ausdrücklich bestimmt worden, daß die Notwendigkeit der Anschaffung ohne weiteres als begründet angesehen werden kann, wenn die Anträge auf Ausfertigung von Bezugsscheinen sich in mäßigen Grenzen halten und die [illegible] Bedürfnis [illegible] Gewicht ist den Verwaltungsbehörden nur der Ein- und Durchführung dieser Vorschriften [illegible] Stück Arbeit zu dem Zweck auferlegt worden, [illegible] unserem Volk auch in bezug auf die Kleidung [illegible] halten bei einer noch so langen Dauer des Krieges zu ermöglichen, und es wird gewiß ganz besonders in den großen Städten der Aufbietung aller Kräfte bedürfen, um zur rechten Zeit die notwendige Einrichtung zur Ausgabe der Bezugsscheine zu treffen. Auch wird es namentlich im Anfang gelten, die betreffenden Organe und mit Ausfertigung der Bezugsscheine beauftragten Persönlichkeiten einzuführen und ihre Arbeiten und Entschließungen mit einer gewissen Nachsicht zu beurteilen. Es steht aber mit Sicherheit zu erwarten, daß sehr bald auf Grund der gegebenen Anweisungen sich eine gewisse feststehende Praxis bilden wird, die später vielleicht dazu führt, einheitlichere Regeln für die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen oder auch die Ausnahmen von der Kontrolle noch weiter zu beschränken oder auszudehnen.

Zu einer Entschließung über solche Beschränkungen oder Erweiterungen der Ausnahmen der Freiliste aber wird man nicht eher gelangen können, bis nicht die Ergebnisse der am 1. August stattgefundenen allgemeinen Bestandsaufnahme der Web-, Wirk- und Strickwaren vorliegen, und sich übersehen läßt, wieviel aus den sonstigen der Reichsbekleidungsstelle zur Verfügung stehenden Quellen für die bürgerliche Bevölkerung des Reiches bereitgestellt werden kann. Diese Bereitstellung hat im übrigen bereits begonnen, und zwar in der Weise, daß erhebliche Mengen von Webwaren dem Großhandel und den Fabrikanten von Webwaren angeboten worden sind. Hierzu hat die Reichsbekleidungsstelle nach Gehör des vom Aufsichtsrat der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle eingesetzten Arbeitsausschusses die Waren in größeren Losen an Fabrikanten- und Großistenverbände abgegeben mit der Auflage, sie zu ganz bestimmten vorgeschriebenen Preisen in den Handel zu bringen, so zwar, daß auch für den Kleinhandel nur ein beschränkter Verdienst zugelassen ist.

Dieser Weg über den Handel ist ferner auch für die Befriedigung der Bedürfnisse der Landes-, der öffentlichen Heil-, Pflege- und Erziehungs-Anstalten und für die Versorgung der bürgerlichen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst mit Anfertigung eingeschlagen worden, indem auch hier nicht eine unmittelbare Versorgung von Waren aus den Beständen der Reichsbekleidungsstelle, sondern nur die Ausstellung der Bezugsscheine in der Reichsbekleidungsstelle erfolgt und [illegible] Handel die Ware auf [illegible] Weg, auf welchem es sie bisher bezogen [illegible] geliefert werden. Daher werden [illegible] auch gleichfalls bestimmte Preise durch die Reichsbekleidungsstelle festgesetzt werden. Man hofft [illegible] Weise, [illegible] Vergrämung von Volk und Wirtschaft in Anbetracht seines Mangels an Rohstoffen [illegible] mäßig allmählich aufhebt, daß das Gewerbeleben in seinen wichtigsten Zweigen unserer Volkswirtschaft nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten und weiteren Arbeitslosigkeit, namentlich auch noch im Handelsgewerbe, abzuhelfen [illegible]. Sicher ist aber schon jetzt, daß durch die getroffenen Maßnahmen eine Not der minderbemittelten Bevölkerung selbst bei noch so langer Dauer des Krieges unbedingt verhindert werden wird.

* * *

Die Abgabe vom Postverkehr.

Unter den jüngst beschlossenen Steuern ist auch eine Abgabe vom Post- und Telegraphenverkehr. Die Regierungsvorlage ist auch hier erheblich abgeändert worden, um den Bedürfnissen des Verkehrs mehr gerecht zu werden. Die Abänderungen sind aus nachstehender Nebeneinanderstellung ersichtlich. Die Zuschläge betrugen

für	nach dem Gesetz	nach der Vorlage
Briefe im Ortsverkehr	2½ Pfg.	2 Pfg.
sonstige Briefe	5 „	5 „
Postkarten	3½ „	2 „
Drucksachen	nichts	1 „

Frankreichs finanzielle Erschöpfung.

Der Weltkrieg hat den Wohlstand von dem reichen Frankreich gründlich zerstört. Es hat sich gezeigt, daß dieses „Rentenland" in finanzieller Hinsicht sich nicht im entferntesten mit Deutschland hinsichtlich der finanziellen Kraft messen kann. Nach dem Kriege aber wird Frankreich nicht bloß politisch, sondern auch finanziell ausgeblutet sein. Das zeigt sich schon heute dem nüchternen Beobachter.

Frankreich hatte schon vor Kriegsausbruch die höchste Staatsschuldenlast der Welt. Dieselbe betrug bei Kriegsbeginn 35 Milliarden Franken. Dabei standen dieser enormen Schuldenlast keine großen Aktivposten gegenüber, wie etwa in Deutschland, wo der Wert des gesamten Staatsvermögens besonders wegen der Eisenbahnen erheblich größer war, als die Gesamtmasse der Schulden in Reich und Bundesstaaten. Diese außerordentliche Höhe der französischen Staatsschuld ist in der Hauptsache eine Wirkung des Krieges von 1870 gewesen, der dem französischen Volke insgesamt 10 Milliarden Franken gekostet hat. Die infolge dieses Krieges aufgenommenen Schulden sind nur zu einem kleinen Teile getilgt. Durch die fortwährenden Kriegsrüstungen gegenüber Deutschland war dann das französische Finanzwesen schon vor dem Kriege in ziemliche Unordnung geraten, so daß selbst zu Mitteln gegriffen werden mußte, die finanzpolitisch nicht als einwandfrei bezeichnet werden konnten. Jetzt kommen zu den bisherigen Schulden die heutigen großen Kriegskosten hinzu. Diese betrugen bis zum Ablauf des zweiten Kriegsjahres mindestens 40 Milliarden Franken. Diese Schätzung ist jedoch sehr niedrig. Denn sie beruht auf den durchschnittlichen Monatsausgaben Frankreichs bis zum Beginne der deutschen Offensive vor Verdun. Seit jenen Monaten sind naturgemäß die Ausgaben Frankreichs wegen des erhöhten Kriegsaufwandes nicht unerheblich gewachsen. Würde der Krieg bis Ende Oktober dauern, so würden die direkten Kriegsausgaben Frankreichs die Höhe von annähernd 50 Milliarden erreichen. Bis jetzt hat Frankreich nur einmal gewagt, eine langfristige Kriegsanleihe auszugeben, und diese „Siegesanleihe" hat einen sehr schlechten Erfolg gehabt. Sein Notenumlauf ist ins Riesenhafte gewachsen. Wie es Frankreich gelingen wird, diese Kriegsausgaben in langfristige Anleihen umzuwandeln, kann man heute noch garnicht absehen. Auf jeden Fall wird die französische Staatsschuld, wenn der Krieg bis in den Herbst hinein dauert, etwa 80 Milliarden Franken betragen. Das sind reichlich 30 Prozent des gesamten französischen Nationalvermögens.

Dieses selbst wird auch noch auf eine andere Weise durch den Krieg eine nicht unerhebliche Entwertung erfahren. Frankreich hat an Rußland, gestachelt durch seine Rachegelüste gegenüber Deutschland, insgesamt 21 Milliarden gegeben, mehr als den zwölften Teil seines ganzen Volksvermögens. Der finanzielle Zusammenbruch Rußlands nach dem Kriege erscheint aber unvermeidlich. Dazu kommen dann die ungeheuren Summen, welche notwendig werden, um die Schäden des Krieges wieder auszubessern. Zahlreiche Dörfer und Städte sind durch die Kämpfe zerstört, weite Landstrecken sind verwüstet. Und dabei erstreckt sich das Kriegstheater gerade über die wirtschaftlich bedeutsamsten wertvollsten Gebiete Frankreichs. Die Tatsache, daß gerade die Gebiete, in denen die Eisen- und Kohlenindustrie Frankreichs liegt, in den Händen der Deutschen Truppen sich befinden, schwächt nicht nur die Steuerkraft des Landes ungeheuer, sondern nötigt dasselbe auch, seinen Kohlen- und Eisenbedarf sowie große Posten seines Waffenbedarfs im Ausland zu decken. Milliarden und Milliarden gehen so dem Lande verloren. Die Engländer wissen diese Notlage ihres Verbündeten, der für sie verbluten darf, auszunützen, indem sie sich ihre Frachten zu ungeheuren Preisen bezahlen lassen.

Zu all dem kommt noch, daß Frankreich außerordentlich hohe Blutopfer in diesem Krieg gebracht hat. Infolge der weniger guten Fürsorge für die Verwundeten wird Frankreich eine viel größere Zahl von Kriegsbeschädigten zu versorgen haben, als Deutschland. Die jährlichen Kosten hierfür werden allein mehrere Milliarden erfordern. Die ökonomisch schlimmste Folge des Krieges wird aber für Frankreich die sein, daß es die unerhört hohen Menschenverluste, die es erlitten hat, nicht wird ausfüllen können. Die Zahl der französischen Menschenopfer ist um mehrere Hunderttausend größer als die Deutschlands auf allen Kriegsschauplätzen. Frankreich wird nach dem Kriege nach dem Ausspruch von Franzosen selbst nur noch ein Volk von Kindern und Greisen

Pakete bis 10 Pfd. u. 75 km	5 Pfg	5 Pfg.
„ „ 10 „ üb. 75 „	10 „	10 „
„ über 10 „ bis 75 „	10 „	10 „
„ „ 10 „ üb. 75 „	20 „	20 „
Briefe m. Wertangabe b. 75 km	5 „	5 „
„ „ „ üb. 75 km	10 „	5—20 Pfg.
Postauftragsbriefe	5 „	2—5 „
Postanweisungen	nichts	10 „
Postscheckverkehr	nichts	5 „
Telegramme	2 Pf. pro Wort	15 u. 25 Pfg. für 1 Telegr.
Rohrpostsendungen	5 Pfg.	5 Pfg.
Telephonanschlüsse und Telephongespräche	10% b. Gebühr	20% b. Gebühr

Danach ergibt sich, daß der Reichstag die Briefe im Nahverkehr und die Postkarte mit 1/4 Pfennig mehr belastet hat, als dies in der Vorlage gewünscht wurde. Dagegen hat er die Drucksachen sowie den ganzen Postanweisungs- und Scheckverkehr freigelassen. Das ist für die Geschäftswelt, die ja den Löwenanteil an der ganzen Sache tragen muß, eine wichtige Erleichterung. Beim Telegrammverkehr ist eine nicht minder wichtige Änderung durch den Reichstag vorgenommen worden. Der Entwurf hatte eine feste Gebühr für jedes Telegramm im Stadtverkehr von 15 Pfg. im sonstigen Verkehr von 25 Pfg. vorgesehen. Diese Art der Regelung nahm keinerlei Rücksicht auf die Größe des Telegramms, hätte also eine zu scharfe Belastung nach unten bedeutet. Die Neuformulierung entlastet die kleinen Telegramme etwas, bringt dafür eine starke Heranziehung der umfangreichen Drahtnachrichten. Dies war auch notwendig mit Rücksicht auf die prozentuale Belastung des Fernsprechverkehrs. Bei letzterem ist die Abgabe auf die Hälfte der Summe des Regierungsentwurfs herabgesetzt worden. Die Feldpostsendungen werden von der Abgabe nicht berührt. Für die Presse sind Erleichterungen geschaffen, indem die Zeitungs- und Zeitschriftenpakete sowie Pressetelegramme frei bleiben.

Bei der Postabgabe muß man sich vor allem vergegenwärtigen, daß das Post- und Telegraphenwesen eine staatliche Erwerbsanstalt in Monopolform darstellt. Der Ruf nach Monopolen zur Aufbringung der neuen Steuersummen ist ja in letzter Zeit immer wieder erhoben worden. Mit Recht wird von einzelnen Seiten daran erinnert, daß man erst die bestehenden Monopole entsprechend ausbauen soll. Die Post arbeitet nur mit sehr geringen Überschüssen, im Durchschnitt mit etwa 10 Prozent. Würde sie in ihren Leistungen nur, häufig [illegible] wie der gewerbliche Betriebsunternehmer, so müßte [illegible] eine noch geringere Rente [illegible]. An vielen Orten, besonders in Bahnen, entlegenen Gemeinden, [illegible] die Post selbst ihre Wirtschaftlichkeit ein vielfaches [illegible]; sie legt da große Summen zu, [illegible] Monat und [illegible] 1 Mark. Ähnlich ist es [illegible] Kraftpost bei Gottes [illegible]. Auch bei der Post sind die Ausgaben gestiegen. Es ist also ziemlich notwendig, wenn der Staat [illegible] Einnahmen [illegible] auch eine Erhöhung der Postgebühren [illegible]. Der größere Ertrag soll auch ein größerer Reinertrag ergeben werden.

Finanzpolitisch hat diese Aufgabe zweifellos einige große Vorzüge. Sie erfordert keinerlei neue Beamte, also [illegible] gut wie keine Erhebungskosten, bringt einen erheblichen Ertrag — etwa 180 Millionen statt der geforderten 200 Millionen — und fließt restlos dem Staate zu, während bei sonstigen indirekten Steuern, besonders bei den Verbrauchssteuern, der Hauptmißstand darin lag, daß die Privatwirtschaft nicht selten mehr höhere Beträge zur Verfügung schlug, als nach den Steuerzuschlägen [illegible] gewesen wäre. Die Schattenseite der Abgabe liegt darin, daß sie eben den Verkehr belastet. Doch tragen die breiten Massen zu dieser Steuer nur in geringem Maße bei. Man braucht nur die Tatsache, daß im Durchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung jährlich rund 100 Briefsendungen entfallen, zu vergleichen mit der geringen Zahl der Briefsendungen einer gewöhnlichen Bürger- oder Arbeiterfamilie, um sofort einzusehen, wie der Verkehr in der Hauptsache sich auf die Bessersituierten und die Geschäftswelt verteilt. Gegenüber der oben genannten Durchschnittsziffer spielt der Brief- und Kartenverkehr beim Arbeiter und auch beim kleinen Handwerker, erst recht aber beim Bauer keine Rolle.

Die Steuerlast wird so ihrem wuchtig überragenden Teile von den leistungsfähigen Schultern getragen. Im Privatleben aber wird derjenige, welcher die kleine Einzelabgabe scheut, hin und wieder eine Postkarte statt eines Briefes schreiben, oder er wird eine einfache Postkarte wählen, statt wie bisher für eine Ansichtskarte mit Marke 10 oder 15 Pfennig auszugehen. Dann hat er auch noch das Doppelte der Steuersumme gespart. Die Geschäftswelt, die von dieser Abgabe am meisten berührt wird, empfindet dieselbe naturgemäß nicht angenehm, aber sie nimmt sie als Kriegsmaßnahme hin. Das Wichtigste ist, daß diese zweifellos ertragreiche Steuer die breiten Massen nur wenig berührt und so vom sozialen Standpunkte aus segensreich wirkt.

* * *

Allgemeine Rundschau.

Adam Dietrich †. Am 22. Juli starb in Stuttgart der frühere langjährige Vorsitzende des Deutschen Buchbinder-Verbandes, Adam Dietrich. Die Einäscherung der Leiche erfolgte dort unter Beteiligung vieler Verbandsvertreter, sowie Abordnungen der Körperschaften, denen der Verstorbene angehört hatte, u. a. des Württembergischen Landtages und des Stuttgarter Gemeindekollegiums.

Mit dem Dahingeschiedenen ist einer der ersten Pioniere der deutschen Buchbinder-Bewegung, ein zweifellos eifriger und von Idealen beseelter Mann dem irdischen Leben entrückt. Die „Buchbinder-Zeitung" hebt in einem ehrenden Nachruf die Verdienste hervor, die sich der Verstorbene an der Wiege des Buchbinder-Verbandes erworben hat. Daß es damals nicht leicht war, dem reinen Gewerkschaftsgedanken Anhänger zu werben, beweist allein schon die anfänglich sehr bescheidene Entwicklung der Gewerkschaften überhaupt und des Buchbinder-Verbandes im besonderen. Dazu kam noch, daß damals in der Arbeiterbewegung mehr über Weltanschauungsfragen als über eigentliche gewerkschaftliche gezedet wurde — und zwar regelmäßig in einem unbedingt christentumsfeindlichen, wie man roig sagte „modernen und freiheitlichen" Sinne. Die „Buchbinder-Zeitung" scheint jetzt selbst zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß dabei viel Unsinn vergapft wurde, denn sie schreibt wörtlich: „Politische und gewerkschaftliche Probleme waren damals noch viel weniger als heutzutage zur völligen Klärung gediehen, es brodelte vielmehr in der Arbeiterbewegung wie in einem Hexenkessel von unausgegorenen Ideen. Da hieß es seinen Mann stellen. Und das tat Adam Dietrich in jeder Beziehung. Wir sehen ihn noch leibhaftig vor uns, wie er in den „Drei Raben", wo der Stuttgarter Fachverein seine regelmäßigen Versammlungen abhielt, zu allen möglichen Streitfragen Stellung nahm. Denn und jungen Reifen von damals brausten nicht nur politische und gewerkschaftliche, sondern auch philosophische Problemen aller möglichen und unmöglichen Art durch den Kopf. Da war es sehr angebracht, wenn Ältere erfahrene Kollegen dem dunklen Drang der Jugend den richtigen Weg zum praktischen Handeln wiesen. Und das verstand Dietrich."

Die Erkenntnis, daß manchen von den „jungen Reifen" damals „unmögliche philosophische Probleme durch den Kopf brausten, ist allerdings erst neueren Datums. Denn als Dietrich seinerzeit gegen diese „jungen Reifen" auftrat, lud er sich deren Zorn auf sein Haupt, was einige Jahre später dazu führte, daß der Sitz des Verbandes von Stuttgart nach Berlin verlegt und dem Vorsitzenden Dietrich das Verbleiben im Amte verleidet wurde. Wenn Dietrich damals anstandshalber erneut zum Vorsitzenden gewählt wurde, so wußte doch jeder Eingeweihte, daß man ihn in Berlin am liebsten nicht sah. Tatsächlich fühlte das Dietrich selbst und eine Reihe von Stimmen haben sich für ihn — allerdings vergeblich — in der „Buchbinder-Zeitung" ins Zeug gelegt. Um einen größern Zwist zu vermeiden, bewilligte man Dietrich ein lebenslängliches Ehrengehalt.

Zu seiner eigenen Befriedigung dürfte es ihm gereicht haben, daß nunmehr von den „jungen Reifen", denen er seinerzeit das Feld räumen mußte, nach und nach manchen „den Weg vom dunklen Drang zum praktischen Handeln" gefunden hat, besonders seit Beginn des Weltkrieges. Wenn Adam Dietrich schon frühzeitig diesen Weg gewiesen hat, so hat er sich damit zweifellos ein Verdienst für die Arbeiterbewegung erworben und auch wir können ihm in diesem Sinne ein dankbares Andenken bewahren.

* * *

Josef Hatzer. Der bekannte Marmorierfarben-Fabrikant und Buchbindermeister Josef Hatzer in Budapest ist im 71. Lebensjahr gestorben. In einem Nachruf des „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindereien" werden seine Verdienste wie folgt gewürdigt:

„Der Verstorbene hat sich durch seine von schönsten Erfolgen begleiteten Bemühungen um die Hebung der Marmorierkunst in unsern Fachkreisen einen Namen zu verschaffen gewußt, der stets in Ehren genannt werden wird. Seinem unermüdlichen Streben ist es gelungen, die schöne Kunst des Marmorierens derart zu vereinfachen, daß sie Allgemeingut werden konnte. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Farben gelang es ihm, derart erfolgreich zu wirken, daß die von ihm hergestellten Marmorierfarben von Kennern gern bevorzugt wurden. Seine in langjähriger praktischer Tätigkeit erworbenen Erfahrungen und Erfindungen hat er in uneigennütziger Weise der Allgemeinheit dienstbar gemacht, was u. a. durch die Herausgabe eines fachtechnischen Werkes mit dem Titel „Die Fortschritte der Marmorierkunst" geschah, in welchem Werk er als erster wertvolle Fingerzeige über die Kunst des Marmorierens gab. Das im Jahre 1885 erschienene Werk ist auch in französischer und englischer Sprache herausgekommen. Die deutsche Ausgabe ist seit Jahren vergriffen, ohne daß eine Neuherausgabe erfolgte. In den als Ersatz geschaffenen neueren Fachbüchern über das Marmorieren werden die wertvollen Grundlagen, die Josef Hatzer für das Marmorieren des Buchbinders geschaffen hat, voll anerkannt und gewürdigt. Auch in Form von fachtechnischen Aufsätzen war Hatzer bestrebt, der Anwendung der Marmorierkunst in weitestem Maße Vorschub zu leisten. Mit der schönen Kunst des Marmorierens in unserem Gewerbe wird der Name Josef Hatzer stets eng verknüpft sein und in Ehren genannt werden."

* * *

Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes wandte sich beim Eintritt ins dritte Kriegsjahr mit folgendem Aufruf „an die Verteidiger des Vaterlandes in der Heimat": „Zwei volle Kriegsjahre mit allen ihren Schrecken und Nöten hat das deutsche Volk nunmehr ertragen müssen. Ungeheure Opfer sind ihm auferlegt worden; sie wurden dargebracht, weil die Abwehr des Angriffs einer Ueberzahl von Feinden auf den Bestand des Reiches und die Freiheit der nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sie erforderte. Der unvergleichliche Todesmut unsres Heeres hat sich als unüberwindlich erwiesen. Vom wichtigen Zukunftsstraßen des Weltverkehrs abgeschnitten und auf den Ertrag der eigenen Scholle angewiesen, hat das deutsche Volk das zweite schwere Kriegsjahr zu überstehen vermocht, indem es tapfer und entsagungsvoll seine Friedensgewohnheiten änderte und durch Einschränkungen, so durch Entbehrungen die schweren Mißernten des letzten Jahres ausgleichen mußte. Der Höhepunkt der an die Entsagungsfähigkeit des Volkes gestellten Anforderungen traf zusammen mit den gewaltigen militärischen Anstrengungen, die je ein Volk bei der Abwehr einer Ueberzahl von Feinden zu leisten hatte. Neben dem wütenden Kampf gegen die lebende Wehr, die Heimat und Herd des deutschen Volkes schützt, führt der Feind einen schmählichen Krieg gegen Frauen und Kinder. Was die Waffengewalt auf dem Schlachtfelde nicht vermag, das soll der Hunger erzwingen. Wir sollen mürbe gemacht, der zähe Widerstand unsrer Heere in der Heimat gebrochen werden. Das wird nicht gelingen. Auf den heimischen Fluren reift uns eine Ernte entgegen, die reichern Ertrag verspricht als die vorjährige. Sie gibt uns die sichere Gewähr, daß bei richtiger, die Mängel der bisherigen Regelung vermeidender Verteilung die gespannte Lage [illegible] unsrer Wehrkraft keine jene Kräfte übersteigende Belastungsprobe erfahren wird. Das Kriegsernährungsamt wird alles daran setzen, daß die Nahrungsmittel gerecht und gleichmäßig verteilt werden und daß die Preise nicht über die durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Grenzen hinausgehen. Soweit sich ohne Gefährdung der Bedarfssicherung eine Senkung des Preisstandes der Nahrungsmittel ermöglichen läßt, wird darauf hingewirkt werden. Auch bei der Durchführung dieser Grundsätze muß sich das deutsche Volk Beschränkungen auferlegen; sie sind aber gering anzuschlagen gegenüber den Entbehrungen und Opfern, die unser Heer seit zwei Jahren willig trägt. Unermeßlichen Dank schulden wir in der Heimat den Tapfern da

---

sein. Und dabei hat es noch nicht einmal genügend Kinder. Während in Deutschland in den nächsten zehn Jahren jährlich rund dreiviertel Millionen männliche Personen in das militärpflichtige Alter eintreten werden, hat Frankreich kaum den dritten Teil aufzuweisen. Gewiß die Arbeit allein aber ist es, welche die Wunden zu heilen imstande ist. Der Menschenmangel in Frankreich macht einen solchen Heilungsprozeß unmöglich. So wird sich an Frankreich das furchtbare Geschick erfüllen, das es Deutschland zugedacht hatte. Es wird politisch und ökonomisch aus der Reihe der Großmächte ausscheiden. Finanziell wird es an den Rand des Bankrotts getrieben werden.

Galizien.

Vor allem schon im Mittelalter ist Galizien oft der Schauplatz erbitterter Kämpfe gewesen, und viel Blut ist um das Land vergossen worden. Seit der Teilung Polens gehört Galizien zu Cisterreich und führt hier den offiziellen Namen „Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtum Krakau, Herzogtum Auschwitz und Zator". Galizien bildet das größte Kronland Cisterreichs und nimmt sowohl an Ausdehnung wie auch an Bevölkerung etwa ein Viertel der österreichischen Reichshälfte ein.

Strategisch genommen, stellt Galizien ein ungünstiges Gebiet dar, weil es ihm an seinen Grenzen nach Rußland zu an einem natürlichen Schutz fehlt, und es daher für feindliche Einfälle offen liegt. Dagegen besitzt es an seiner Grenze nach Ungarn hin einen wirksamen natürlichen Schutzwall in dem Karpathengebirge. Die Gebirgskette der Karpathen läßt es anderseits auch erklärlich erscheinen, daß Galizien bisher in der Geschichte West- und Südeuropas eine verhältnismäßig geringe Rolle gespielt hat. Galizien verfügt über zwei eigentliche Festungen, nämlich Przemysl im Innern des Landes und Krakau in seiner nordwestlichen Ecke.

Galizien ist slawischer Boden; manche Forscher wollen sogar die Urheimat der Slawen in die galizisch-lodomerischen Gebiete verlegen. In Galizien beginnt das große Gebiet der Ukraine. Der bei weitem größte Teil der Ukraine (rund neun Zehntel) befindet sich jedoch unter russischer Herrschaft, während Galizien nur ein Zehntel der Ukraine umfaßt. Insgesamt umfaßt das von dem Volksstamm der Ukrainer bewohnte Gebiet 700 000 Quadratkilometer; es übertrifft also die Ausdehnung des Deutschen Reiches um mehr als 25 Prozent. — Die Bevölkerung Galiziens ist eine sehr dichte; es wohnen dort auf dem Quadratkilometer 102 Menschen (in Deutschland 120). Die Gesamtbevölkerung beträgt gegenwärtig 7 980 477, also etwas mehr wie die Bevölkerung Belgiens. Von den Einwohnern Galiziens bekannten sich 4 672 000 als Polen, 3 208 000 als Ukrainer (Ruthenen) und 60 000 als Deutsche.

Von Natur ist Galizien ein gesegnetes Land. Es besitzt einen guten Boden, reiche Wälder und ausgedehnte Lager an Petroleum, Salz, Eisen, Kohle usw. Die bedeutendsten Ausfuhrgegenstände Galiziens sind Eier und Petroleum; in der Ausfuhr dieser beiden Artikel nimmt Galizien eine der ersten Stellen in der Welt ein. Die Getreideproduktion Galiziens bildet etwa ein Drittel der Gesamternte der österreichischen Reichshälfte. Der bei weitem überwiegende Teil der Bevölkerung gehört der Landwirtschaft an; 77 Prozent der Bewohner leben von der Landwirtschaft. Jedoch wurde der Boden bisher recht wenig ausgenutzt, der Bodenertrag ist um 100 Prozent, also um die Hälfte geringer als in Deutschland. Es überwiegt der landwirtschaftliche Kleinbetrieb. In keinem andern Lande Europas trifft soviel Landbevölkerung auf den Quadratkilometer wie in Galizien. Die Zahl derer, die sich vom Ackerbau zu ernähren haben, beträgt in Deutschland und in Frankreich 37, in Russisch-Polen 55, in England 20, in Cisterreich (ohne Galizien) 36, in Galizien dagegen 71 Köpfe auf den Quadratkilometer. Die Industrieentwicklung ist gering.

Wegen dieser Verhältnisse (Zurückgebliebenheit der Wirtschaftsweise, Zersplitterung des Besitzes, mangelnde gewerbliche Beschäftigung) war der Lebensspielraum in Galizien [illegible] gering. Es fand [illegible] umfangreiche Auswanderung statt. Cisterreich hatte pro Jahr mindestens 150 000 Ueberseewanderer und daneben noch mindestens 250 000 Saisonwanderer aufzuweisen. Damit war Cisterreich neben Italien der größte Auswanderungsstaat Europas. Hoffentlich beginnt nach dem Kriege auch für das geprüfte galizische Land eine Zeit der Neugeburt, die den Ausblick eröffnet auf eine bessere Zukunft.

[illegible] ernährungsamtes: v. Batocki, Exzellenz v. Braun, Dr. Delbrück, Freiherr v. Falkenhausen, Göner, Mansfeld, Dr. Müller-Meiningen, Sänger, Graf von der Schulenburg, Zimmerwald."

Eine stattliche Zahl von größern Organisationen, darunter auch die drei Gewerkschaftsrichtungen, schlossen sich dieser Kundgebung an.

Wenn da und dort immer wieder der Unmut über die mannigfachen wirklichen und vermeintlichen Fehler der Behörden, besonders derjenigen, die für unsere Kriegswirtschaft zu sorgen haben, zum Ausdruck kommt, so wird das niemand verdammen. Wir haben oft genug selbst dies und jenes kritisieren müssen und der Umstand, daß neuerdings ein „Reichswucheramt" errichtet wurde, spricht wahrhaftig deutlich genug für die Berechtigung unserer Kritik. Niemals aber haben wir uns dazu verleiten lassen, nur zu kritisieren und zu jammern. Wir sind mit dem Kriegsernährungsamt der Ueberzeugung, daß „sich das deutsche Volk Beschränkungen auferlegen" muß. Wir möchten aber glauben, daß diese Mahnung weniger für die breiten Volksmassen, als für die obern Schichten notwendig und bestimmt ist. Wird sie beherzigt, d. h. kommt es endlich so weit, daß uns in den Straßen deutscher Städte keine Proben und keine Modenärrinnen mehr begegnen, dann wird auch den untern Schichten die Entsagung leichter fallen. Eben darauf kommt es an: das ganze deutsche Volk muß sich in seiner Lebensführung dem Ernste der Zeit anpassen. Dann verstummt sicher in kurzer Zeit so manches Klagelied, das heute noch von unsern Feinden ausgebeutet werden kann.

* * *

Ausstellung für Kriegsfürsorge Cöln 1916. Am 19. August wird in Cöln die Ausstellung für Kriegsfürsorge eröffnet werden, die ein reichhaltiges Bild von den Anstrengungen und Erfolgen auf dem Gebiete der Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten bieten wird. In Verbindung mit dieser Ausstellung tagt vom 21. bis 26. August ein Kongreß der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Dieser Kongreß wird — nach dem vorläufigen Programm zu urteilen — [illegible] der Kriegsbeschädigtenfürsorge [illegible] Fragen mit neuen Gesichtspunkten [illegible] werden Referenten [illegible] Wissenschaft und Praxis über Erfahrungen schildern.

Auf diese Einzelheiten werden die Ausstellung nicht, die wird aber, als eine [illegible] Tat der vereinigten Kräfte der deutschen Kriegsfürsorge sicher auch [illegible] Kriegsfürsorgearbeit gewinnen, die [illegible] im Interesse all der [illegible] Helfen, die [illegible] Wirkung mehr aber weniger [illegible] sind. Man darf daher der Ausstellung einen [illegible] Erfolg wünschen.

* * *

Die [illegible] Grundlagen der Schweiz werden durch den Krieg auch jetzt in Mitleidenschaft gezogen. Da [illegible] Schweiz, weil auch in der Schweiz viele Mitglieder zu den Fahnen gerufen werden [illegible]. Gleich [illegible] wurden die Berichte wieder durch den [illegible] der Hauptverwaltung an die deutschen Gewerkschaftsvereinigung. Wenn Deutsch, der bis heute [illegible] ging, hat sich der deutschen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen, um dort einen besseren [illegible] zu haben. Die Mitgliedzahlen der einzelnen [illegible] unsere Ende 1915 folgende:

Gewerkschaft	Einnahme	Ausgaben	Gesamtvermögen
[illegible]	[illegible]	15.718.[illegible]	31.811.[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	1.357.14	1.407.10	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Zusammen	33.986.86	40.181.90	117.813.09

Einer Einnahme von Franken 33.986,86 steht also eine Ausgabe von Franken 40.181,90 gegenüber während das Vermögen Franken 117.813,09 beträgt. Für Unterstützungen wurden in den einzelnen Verbänden im Jahre 1915 ausgezahlt Franken 19.746,05. Es sind das etwa 5000 Franken weniger wie im Jahre vorher.

* * *

Die Evangelisch-soziale Schule e. V. in Bielefeld, Güterslohersstraße 45, versendet soeben ihren Tätigkeitsbericht. Die 16 Seiten starke Schrift beweist, wie nachdrücklich die Leitung der Schule ihre Aufgabe wahrnahm. Die Evangelisch-soziale Schule wurde gegründet am 1. Januar 1913. So hat sie nur kurze Zeit bis zum Ausbruch des Krieges ungestört ihre Arbeit vollführen können. Der Bericht gibt aber ein lebendiges Bild über eine Reihe veranstalteter sozialer, volkswirtschaftlicher Kurse für Arbeiterführer und -Führerinnen, für Studenten, Jugendpfleger, Stadtmissionare und Arbeiter. Die Ausführung einer Anzahl, auch für andere Stände vorbereiteter Kurse, wurde durch den Krieg unmöglich. Während des Krieges wurde aber die soziale Aufklärungsarbeit, trotz sich türmender Schwierigkeiten fortgesetzt. Die Notwendigkeit evangelisch-sozialer Aufklärungsarbeit in den verschiedenen Ständen und Schichten des evangelischen Volkes wird heute von allen Seiten anerkannt und gewürdigt. Die Arbeit der Evangelisch-sozialen Schule gewinnt bei Reich und Arm mehr und mehr tatkräftige Freunde und Förderer.

Der Tätigkeitsbericht der Schule wird auf Wunsch bereitwilligst versandt.

* * *

Eigenartige Weltbegücker sind die neutralen Sozialisten, die sich [illegible] dort aus die Bedingungen stellten, unter welchen die kriegführenden Staaten [illegible] sollten.

[illegible] gens als selbständigen Staat (nur dem Namen wirklich ganz selbständig, aber nicht [illegible] schon der Vasall Großbritanniens und Frankreichs ehe der Krieg losbrach?) und die Anerkennung von deutscher Seite, daß wir [illegible] „eine elsaß-lothringische Frage" existiere. Von den deutschen Sozialisten wird schon etwas mehr verlangt, nämlich sie sollen „über die elsaß-lothringische Frage mit der französischen Partei verhandeln." Na, das kann ja geschehen, wenn es die deutschen Sozialisten nicht unter ihrer Würde finden. Die Hauptsache ist und bleibt, daß für unsere Regierung keine elsaß-lothringische Frage existiert und daß sie nicht wegen Elsaß-Lothringen mit Frankreich verhandeln wird; es wäre denn mit Bezug auf solche Teile, die z. Z. besetzt sind.

Man kann sich doch kaum eines Lächelns erwehren, wenn man sieht, mit welcher Wichtigtuerei im sozialistischen Lager immer wieder so geredet wird, als hinge von der Meinung dieser Weltverbesserer wirklich das Endergebnis dieses Krieges ab. In Wirklichkeit werden ganz andere Leute die maßgebenden Entscheidungen treffen, wenn die Zeit dazu gekommen ist.

* * *

Ein trauriges Gegenstück zu dem an anderer Stelle wiedergegebenen Dankerlaß des Kaisers an die Arbeiterschaft bildet der Umstand, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der „freien Gewerkschaften Deutschlands sich gezwungen sahen, in einem Aufruf gegen „Generalstreikapostel" aufzutreten. Dieser Aufruf, der unsern Lesern aus der Tagespresse bekannt ist und den wir nicht gerne in unseren Spalten als Zeichen der Schande für einen Teil der deutschen Arbeiterschaft abdrucken möchten, läßt, wie man sagt, tief blicken. Es muß wirklich schon weit gekommen sein, wenn ein derartiger Aufruf notwendig war. Wir für unsern Teil sind zwar davon fest überzeugt, daß nur ein ganz kleines Häuflein Wahnsinniger jetzt tatsächlich zur Beteiligung an einem „Massenstreik" persönlich bereit wäre, zumal dabei jeder Einzelne allerlei zu riskieren hätte. Insofern sind wir aber vollständig beruhigt. Anders aber steht es schon mit der Frage, welches Unheil die „Massenstreikapostel" etwa noch dem Kriege anrichten werden. Da wird der unendlichsten Lüge der sog. Partei und der „freien" Gewerkschaften noch manches bittere Erwachen entstehen müssen, bis er sich gewissenhaftlichen Gemüter schließlich gewaltig tut. Wir dürfen uns glücklich, daß wir mit solchem Gesindel nichts zu tun haben.

* * *

Handel Mitglied

kann auch im Kriege noch gewonnen werden, wenn wir uns bei allen [illegible] Gelegenheiten bemühen.

Die Handelsbeziehungen Österreich-Ungarns. Während Deutschland im Jahre 1913 einen Außenhandel im Werte von rund 21 Milliarden Mark hatte (10,8 Milliarden in der Einfuhr und 10,1 Milliarden in der Ausfuhr), hatte der Außenhandel Österreich-Ungarns einen Wert von 5,8 Milliarden Mark (2,9 Milliarden in der Einfuhr und 2,9 Milliarden in der Ausfuhr). Der auswärtige Handel Österreich-Ungarns war bisher in der Hauptsache ein Handel mit den benachbarten europäischen Staaten. Der Ueberseehandel trat dagegen zurück. Österreich-Ungarn ist hauptsächlich Kontinentalstaat, es besitzt keine Kolonien und verfügt nur über einen beschränkten Zugang zum offenen Meere an der ihm von Italien streitig gemachten Adriaküste. Drei Viertel der Einfuhr und neun Zehntel der Ausfuhr Österreich-Ungarns entfielen auf Europa. Die Ausfuhr nach Deutschland, die 40 Prozent der österreichischen Gesamtausfuhr betrug, stand an erster Stelle. Deutschland war von jeher der beste Abnehmer für österreichische Produkte. Die Ausfuhr nach dem Balkan, die zuletzt mehr als 10 Prozent der Gesamtausfuhr ausmachte, war die zweitwichtigste. Die Balkanmärkte sind besonders vom Standpunkt der österreichischen Industrie sehr wertvoll. Ferner waren an der Ausfuhr Österreich-Ungarns beteiligt: Italien mit 9,6 Prozent, England mit 9,3 Prozent, die Schweiz mit 4,8 Prozent, Rußland mit 3,8 Prozent die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 3,8 Prozent, Frankreich mit 3,1 Prozent, Britisch-Indien mit 2,8 Prozent, Belgien mit 1 Prozent. Bei der Einfuhr ergeben die handelspolitischen Verhältnisse ein ähnliches Bild. Auch hier steht Deutschland mit 40 Prozent der Gesamteinfuhr Österreich-Ungarns an erster Stelle, und in entsprechendem Abstand folgen dann die übrigen Staaten.

* * *

Die neuesten Verbesserungen in der Invalidenversicherung sind in einem Artikel der Nummer 16, den wir aus einem andern Blatte übernommen hatten, teilweise nicht richtig dargestellt. Es hat sich bei der Berechnung der Wartezeit für die Altersgrenze ein bedauerlicher Fehler eingeschlichen, indem sämtliche Lebensjahre bis 1890 zur Anrechnung genommen wurden, während doch nur die Lebensjahre vom 35. Jahre ab bis 1. Januar 1901 mit je 40 Wochen berechnet werden dürfen. Das angegebene Beispiel muß richtig lauten:

In ein Versicherter am 1. Januar 1851 geboren, so hat er am 1. Januar 1886 das 35. Lebensjahr [illegible] schritten und es werden ihm für die Jahre 1886, 1887, 1888, 1889 und 1890 je 40 Wochen angerechnet, also 200 Wochen, so daß er noch 1000 Versicherungswochen nachweisen muß, um die Altersrente erhalten zu können. Da ihm auch die während der versicherungspflichtigen [illegible] Januar 1851 geboren ist, erhält sich seine Wartezeit, so daß er am 1. April 1851 achtzehnter Versicherter 1901, am 1. Juli 1914, am 1. Oktober 1927, am 1. [illegible] 1932 geboren 1939 Wochen nachzuweisen [illegible].

Das gilt für die meisten Versicherten. Einzelne Arbeiterkategorien wurden erst später versicherungspflichtig erklärt und ermäßigt sich deshalb die nachzuweisende Zahl der Wochen, unter Voraussetzung der obigen Geburtsdaten, bei Hausgewerbetreibenden der Tabakindustrie auf 960, 961, 974, 987 und 1000; bei Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie auf 854, 867, 880, 881, und 894; bei Lehrern und Erziehern und einem Teil der sonstigen Angestellten auf 600, 601, 614, 627 und 640 Wochen.

* * *

Der Gutenberg-Bund bringt soeben seinen Jahresbericht für das Jahr 1915 zum Versand. Wie aus demselben hervorgeht, hat der Krieg das Buchdruckergewerbe sehr ungünstig beeinflußt. Die Arbeitslosigkeit erreichte bei Ausbruch des Krieges eine nie geahnte Höhe, ging dann aber fortgesetzt zurück, bis sie im Januar 1915 im Gutenberg-Bunde noch 8,7 Prozent, im Dezember gar nur noch 0,4 Prozent der Mitgliedschaft betrug. Zeitweise machte sich sogar ein Mangel an Spezialkräften fühlbar, was in Arbeitgeberkreisen zu dem Versuch führte, weibliche Arbeitskräfte in größerem Maße an der Setzmaschine zu beschäftigen. Der „Typograph", das Organ des Gutenberg-Bundes, wies rechtzeitig auf die bedenklichen Schattenseiten dieser Neuerung hin, und im Verein mit dem Buchdrucker-Verbande, dem Tarifamte und dem einsichtigen Teil der Prinzipalität gelang es, die Gefahren zu beseitigen. Diese gemeinsamen Beratungen, das Zusammenarbeiten in der Kriegsbeschädigtenfürsorge und bei den Beratungen zur Verlängerung des am 31. Dezember 1916 ablaufenden Buchdruckertarifes führte zu einer besseren Verständigung. Die gegenseitige Bekämpfung, die im Buchdruckergewerbe so häßliche Formen angenommen hatte, wurde im Zeichen des Burgfriedens eingestellt. Der Gutenberg-Bund hatte natürlich unter dem Kriege nicht wenig zu leiden. Anfang 1914 insgesamt 2440 Mitglieder, war er bis Ende 1914 auf 2000 und bis Ende 1915 auf 1400 Mitglieder zurückgegangen. Bis dahin waren 1020 Mitglieder zum Heeresdienste eingezogen. Der Rest ging durch Austritt, Ausschluß oder Uebergang zu einem anderen Beruf verloren. Fünf Ortsgruppen mußten ihre Tätigkeit einstellen. Im Jahre 1915 kamen 90 Mitglieder ins Feldheer, im ganzen bis Ende 1915 127 Mitglieder, 100 Mitglieder erhielten militärische Auszeichnungen. Die Ausgabenseite erhielt für Unterstützungen im Jahre 1914 [illegible] mit einem Gesamtaufwand von 572 204,26 ℳ, [illegible] besonders infolge der hohen Arbeitslosenunterstützung 53 977,29 ℳ mehr ausgegeben als eingenommen wurden. Im Jahre 1915 ist das Verhältnis günstiger, obwohl der Gutenberg-Bund nicht nur seine volle statutarische Unterstützung aufrecht erhält, sondern auch noch bei Ausbruch des Krieges eine freiwillige Familienunterstützung einführte. Die Gesamteinnahme in 1915 betrug 151 660,20 ℳ, die Ausgaben 189 068,30 ℳ. Davon entfallen allein auf das Unterstützungskonto 138 906,74 ℳ (1914 801 636,18 ℳ), und zwar Krankenunterstützung 21 057,25 ℳ, (1914 41 669,26 ℳ), Arbeitslosenunterstützung 12 762,94 ℳ (107 493,17 ℳ), Umzugsbeihilfe 1 125,40 ℳ (1 636,90 ℳ), Sterbegeld 9 700 ℳ (8 630 ℳ), Invalidenunterstützung 16 243,50 ℳ (15 462 ℳ), Unterstützung für Kriegerfamilien 73 072,75 ℳ (28 894 ℳ) Ausbildungszwecke 2 053,28 ℳ (1 576,76 ℳ). Bis heute wurden allein für die Unterstützung von Kriegerfamilien rund 130 000 ℳ verausgabt. Trotz der hohen Anforderungen ist es dem Gutenberg-Bund durch Sparsamkeit in der Verwaltung, sowie durch Erhebung eines Extrabeitrages von 50 ₰ wöchentlich, den die vollbeschäftigten Mitglieder opferfreudig leisten, gelungen, die Mehrausgabe auf 8 283,96 ℳ zu beschränken und mit einem Gesamtvermögen von 505 716,56 ℳ in das Jahr 1916 hinüberzuleiten. Mit Recht kann die Organisation mit Befriedigung auf dieses Ergebnis zurückblicken. Der Gutenberg-Bund ist für die Zukunft gerüstet.

* * *

Das Eiserne Kreuz

schmückt unsern lieben Kollegen

Jakob Mack,

Buchbinder, Mitglied der Zahlstelle Donauwörth.

Unseren herzlichen Glückwunsch!

Den Heldentod fürs Vaterland erlitt unser lieber Kollege

P. Franken

Papierarbeiter, Mitglied der Zahlstelle Schlich

Ehre seinem Andenken!

Druck: Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Klarastr. 9.
Verantwortlich: L. Sedlmayr, Köln, Venloerwall 9.